

Der Ruf der Allianz

Von Henning Peitsmeier

In Australien hat ein Gericht die Allianz kürzlich zur Zahlung von knapp 1 Million Euro verurteilt. Der Finanzkonzern soll Kunden beim Verkauf von Reiseversicherungen getäuscht haben. Die Produkte wurden im Internet irreführenderweise mit einer weltweit unbegrenzten medizinischen Versorgung beworben, und selbst nach Bekanntwerden des Fehlers dauerte es gut zwei Jahre, bis die Allianz die Werbung korrigierte.

Down Under ist fern, die Strafe gering, und doch ist der Fall heikel für das traditionsreiche Unternehmen und seinen erfolgsverwöhnten Vorstandsvorsitzenden Oliver Bäte. Denn was sich in Australien im Kleinen zeigte, wiederholt sich gerade in Amerika im Großen: Wieder geht es um mutmaßliches Fehlverhalten von Allianz-Führungskräften, wieder wurde lange gewartet, wieder stellt sich die Frage, ob die Geschäftspraktiken vor Ort mit den Regeln guter Unternehmensführung in Einklang zu bringen sind und die Kontrollprozesse funktionieren. All das zielt auf Bäte, der Europas größten Versicherer mit 140 Milliarden Euro Umsatz und 150 000 Mitarbeitern seit sechs Jahren souverän durch jede Krise geführt hat. Die Amplitude der amerikanischen Ereignisse hat das Potential, Bäte und die Allianz in eine schwere Krise zu stürzen.

Jenseits des Atlantiks ist die Allianz von der amerikanischen Anwaltsindustrie ins Visier genommen worden. Sie wirft dem deutschen Versicherungskonzern vor, Kunden in die Irre geführt zu haben. Es geht um die Behauptung von Großanlegern, Fondsmanager des Vermögensverwalters Allianz Global Investors (AGI) hätten sich nicht an die vereinbarten Regeln für ihre Investitionspolitik gehalten. Weil die institutionellen Investoren mit den Allianz-Fonds in-folge der Corona-Pandemie und den Verwerfungen an der Börse hohe Verluste erlitten haben, klagen sie auf Schadenersatz. Unter den Klägern sind die mächtigen Pensionsfonds großer Krankenversicherer ebenso wie die Metropolitan Transport Authority, die die Pensionsansprüche von 70 000 Beschäftigten sichert, oder der Arkansas Teacher Retirement Fund, der sich um die Altersvorsorge von Lehrern kümmert. Wegen der von AGI aufgelegten Fondszahlungen von 6 Milliarden Dollar, etwa der Gewinn eines halben Geschäftsjahres. Es kann noch schlimmer kommen: Steht die Rente von Normalverdienern auf dem Spiel, dürfte auch die amerikanische Politik keine Gnade kennen, erst recht nicht mit einem Konzern aus dem Ausland.

Der Streit mit den Investoren beschäftigt die Allianz schon seit mehr als einem Jahr. Doch erst als die amerikanische Börsenaufsicht SEC und kurz darauf auch das Justizministerium die Vorfälle rund um die sogenannten Structured Alpha Fonds der AGI untersuchten, erklärte Bäte sie zur Chefsache. Dabei hätte er vermutlich früher auf die Fondsgesellschaft schauen müssen. AGI bietet ihre Produkte schon seit 2005 institutionellen Anlegern in den USA an. Kennzeichen der Structured Alpha Fonds ist eine sehr aggressive Anlagestrategie, die im Erfolgsfall weit überdurchschnittliche Rendite verspricht. Die Architekten solcher Fonds übertreffen sich offenkundig darin, Renditen auch in Krisenzeiten hebeln zu können und Risiken weitgehend auszublenden.

Zwar steht die Produktwelt der AGI unter Beobachtung der Muttergesellschaft, gab es die Vorgabe, 40 Prozent der Investmentstrategien zurückzu-

Der Versicherer muss den Streit mit Investoren in Amerika beenden. Und zwar schnell.

führen. Doch ausgerechnet bei den besonders komplexen Fonds drängt sich der Eindruck auf, die Konzernführung habe die Dinge laufen lassen. Die Vorkommnisse um die fehlgeschlagenen Investmentstrategien der AGI machen dem Vorstand um Bäte zu schaffen. Und dass inzwischen auch die deutsche Aufsichtsbehörde BaFin ermittelt, erhärtet den Verdacht eklatanten Kontrollversagens.

Bäte sitzt fest im Sattel – solange die Geschäftsergebnisse stimmen. Den AGI-Fall muss er lösen, und zwar schnell, mögen die Kosten auch hoch sein. Der Allianz-Chef könnte sich bei seinen Kollegen von Volkswagen oder Bayer umhören, die in ganz unterschiedlich gelagerten Fällen die Härte der amerikanischen Justiz zu spüren bekommen haben. Sie würden ihm wohl zu einem Vergleich raten. Ein jahrelanger Gang durch alle Instanzen mag am Ende billiger sein, er kann aber den Ruf nachhaltig beschädigen. Amerikanische Anwälte sind nicht zimperlich und werden alles daran setzen, für ihre Mandanten das Maximum herauszuholen. Die Vermögensverwalter der Allianz wollen wiederum auch in Zukunft in Amerika Kundengelder einsammeln. Die Täuschung von Anlegern passt kaum in diese Strategie, gefährdet sie ein wichtiges Argument, mit dem die 1890 gegründete Allianz punkten will: ihren guten Namen.